



Positionspapier

Umgang mit extremistischen Parteien

Executive Summary

In den vergangenen Jahren ist der Umgangston in Deutschland beständig rauer und respektloser, sind inhaltliche Äußerungen und Forderungen immer radikaler geworden. Es wird zunehmend salonfähig, extreme Standpunkte zu tolerieren oder selbst zu vertreten. Das gilt nicht nur für den politischen Raum, sondern auch für den gesellschaftlichen Diskurs, in dem sich Stimmen mehren, die unserer Demokratie nicht nur kritisch, sondern ablehnend und feindlich gegenüberstehen.

Einige dieser extremistischen Strömungen ziehen in Form von Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag, in Land- und Kreistage sowie Stadträte ein. Es steht zu erwarten, dass sich dieser Trend auch bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 sowie bei den anstehenden Landtagswahlen im September fortsetzt.

Dabei kommt für Verbände wie die Wirtschaftsvereinigung Stahl und ihre Mitgliedsunternehmen unweigerlich die Frage auf, wie mit diesen Parteien generell und konkret mit deren Abgeordneten umzugehen ist. Denn im politischen Alltag ist es mitunter auf inhaltlicher Ebene nicht immer einfach, die Äußerungen extremistischer Parteien faktisch zu widerlegen, da diese sich oftmals Positionen demokratischer Verbände oder Organisationen zu eigen machen.

Die vorliegende Positionierung verdeutlicht zum einen die Werte und Überzeugungen der Wirtschaftsvereinigung Stahl und ihrer Mitgliedsunternehmen. Zum anderen ist sie Wegweiser für den Umgang mit extremistischen Parteien, die in Verfassungsschutzberichten aufgeführt werden und bei denen daher begründete Zweifel oder Hinweise bestehen, dass sie gegen die Werte, für die wir stehen, in eklatanter Weise verstoßen.

Wofür die Wirtschaftsvereinigung Stahl steht:

Als Wirtschaftsvereinigung Stahl stehen wir für eine demokratische, gleichberechtigte und weltoffene Gesellschaft und bekennen uns zu einem demokratischen Europa. Wir stellen uns denen entgegen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung in Deutschland und Europa missachten und gefährden – denn diese Grundordnung bildet die Basis unseres Zusammenlebens, unseres Wohlstands, unserer wirtschaftlichen Innovationskraft – und damit einer starken, prosperierenden Zukunft.

Dieser Einsatz ist auch deshalb wesentlich, weil die Umsetzung wirtschafts- und europapolitischer Positionen von extremistisch-nationalistischen Parteien wie der AfD dazu führen würde, dass die Stahlindustrie am Standort Deutschland und in Europa keine Zukunft mehr hätte. So sieht die AfD in ihrem Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament die EU als gescheitertes Projekt und spielt mit dem Gedanken

eines EU-Austritts Deutschlands – einem Dexit. Sanktionen gegen China lehnt sie ab und fordert, jene gegen Russland aufzuheben. Gleiches gilt für elementare EU-Außenhandelschutz-Maßnahmen wie den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM).

Gerade die Stahlindustrie steht wie kaum eine andere Branche für ein starkes Europa. Stahl ist mit der europäischen Idee untrennbar verbunden – die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, war der Ausgangspunkt für die europäische Integration und die Entwicklung des Binnenmarktes, wie wir ihn heute kennen. Als Industrie ist sie besonders eng in die europäischen Wertschöpfungsnetzwerke eingebunden und exportiert zwei Drittel ihrer Produkte in die EU.

Hinzu kommt: Gerade die Stahlindustrie verkörpert wie kaum eine andere Branche in Deutschland ein weltoffenes Gesellschafts- und Wirtschaftsbild. An all unseren Standorten, an jedem Elektrolichtbogen und an jedem Hochofen, in jedem Walzwerk, in jeder Forschungsabteilung und in jeder Verwaltung arbeiten Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern und mit den unterschiedlichsten Lebensgeschichten. In der Zeit des Wirtschaftswunders haben viele ihre Heimat verlassen, um Arbeit auch in unseren Mitgliedsunternehmen in Deutschland zu finden. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, Deutschland zu einer starken Volkswirtschaft zu entwickeln. Viele dieser Menschen kamen unter dem Schlagwort der Gastarbeit zu uns – und sind vom Gast zum festen Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Heute arbeiten viele ihrer Kinder, Enkelinnen und Enkel in der zweiten oder dritten Generation noch immer in der Stahlbranche oder den weiterverarbeitenden Industrien.

Unsere Mitglieder sind international agierende Unternehmen, die global vernetzt sind und von den multikulturellen Perspektiven ihrer weltweiten Partner und Mitarbeitenden profitieren. Ihre Lieferketten und Absatzmärkte sind international ausgerichtet und damit hängt auch ihr wirtschaftlicher Erfolg von der Reputation unseres Landes und dem Vertrauen in seine demokratischen Strukturen ab. Nur mit Offenheit und Toleranz haben Zukunftstechnologien und der Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt eine Zukunft.

Darum sagen wir als Wirtschaftsvereinigung Stahl im Namen der gesamten Stahlbranche: Klare Kante gegen Rassismus und Diskriminierung! Klare Kante gegen jede Form von Extremismus und Nationalismus!

Wie die Wirtschaftsvereinigung Stahl mit extremistischen Parteien umgeht:

Wir verstehen uns als Partnerin aller demokratischen Parteien. Es ist unsere Prämisse, dass wir bei unserer täglichen politischen Arbeit ausschließlich mit Parteien kooperieren, die den Grundsätzen der

Demokratie verhaftet sind. Das bedeutet für uns zuvorderst, dass diese Parteien

- keine menschenfeindlichen, rassistischen und verfassungsfeindlichen Inhalte vertreten,
- keine Falschinformationen oder verschwörungstheoretischen Positionen verbreiten, die etwa den Klimawandel leugnen oder in Frage stellen,
- keine nationalistischen oder europafeindlichen Bestrebungen verfolgen.

Als Grundlage der Bewertung einer Partei als extremistisch dienen uns die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der entsprechenden Landesämter, in denen Parteien und Organisationen als gesichert extremistisch oder als Verdachtsfälle eingestuft werden. Dies umfasst für uns auch die Fraktionen, denen sich diese Parteien auf der europäischen Ebene anschließen. Daraus ergibt sich für uns als Wirtschaftsvereinigung Stahl auch, immer wieder aufs Neue zu überprüfen,

- bei welchen Vereinigungen eine Mitgliedschaft besteht oder angestrebt wird,
- mit welchen Medien- und Kampagnenpartnern zusammengearbeitet wird,
- welche Kooperationen bestehen oder neu eingegangen werden.

Wir als Wirtschaftsvereinigung Stahl setzen uns in der täglichen Arbeit, in der öffentlichen Kommunikation und im politischen Dialog aktiv ein für:

- ein offenes, friedvolles und gleichberechtigtes Miteinander in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft!
- eine aktive Teilnahme an Wahlen. Von der Kommunal-, über die Landtags- und Bundestags- bis hin zur Europawahl. Jede einzelne Stimme für demokratische Parteien zählt!
- ein klares NEIN gegenüber allen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung in Frage stellen!
- ein klares JA zur physischen wie digitalen Teilnahme an regionalen, nationalen und internationalen Kampagnen, Aktionen und Aufrufen, die sich für ein demokratisches Miteinander aussprechen. Dabei werden auch ungewöhnliche Wege eingeschlagen und unerwartete Partnerschaften eingegangen.
- ein klares JA zu evidenz- und wissenschaftsbasierter Kommunikation. Wir setzen uns mit Daten und Fakten für die Interessen der Stahlindustrie in Deutschland ein und positionieren uns damit klar gegen Fake News, die den öffentlichen und politischen Diskurs verzerren.

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin
Tel. +49 30 232 5546-0
info@wvstahl-online.de
www.stahl-online.de

Präsident:
Bernhard Osburg
Hauptgeschäftsführerin:
Kerstin Maria Rippel, LL.M.
Geschäftsführer:
Dr. Martin Theuringer



www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl



www.twitter.com/stahl_online



www.youtube.com/stahlonline